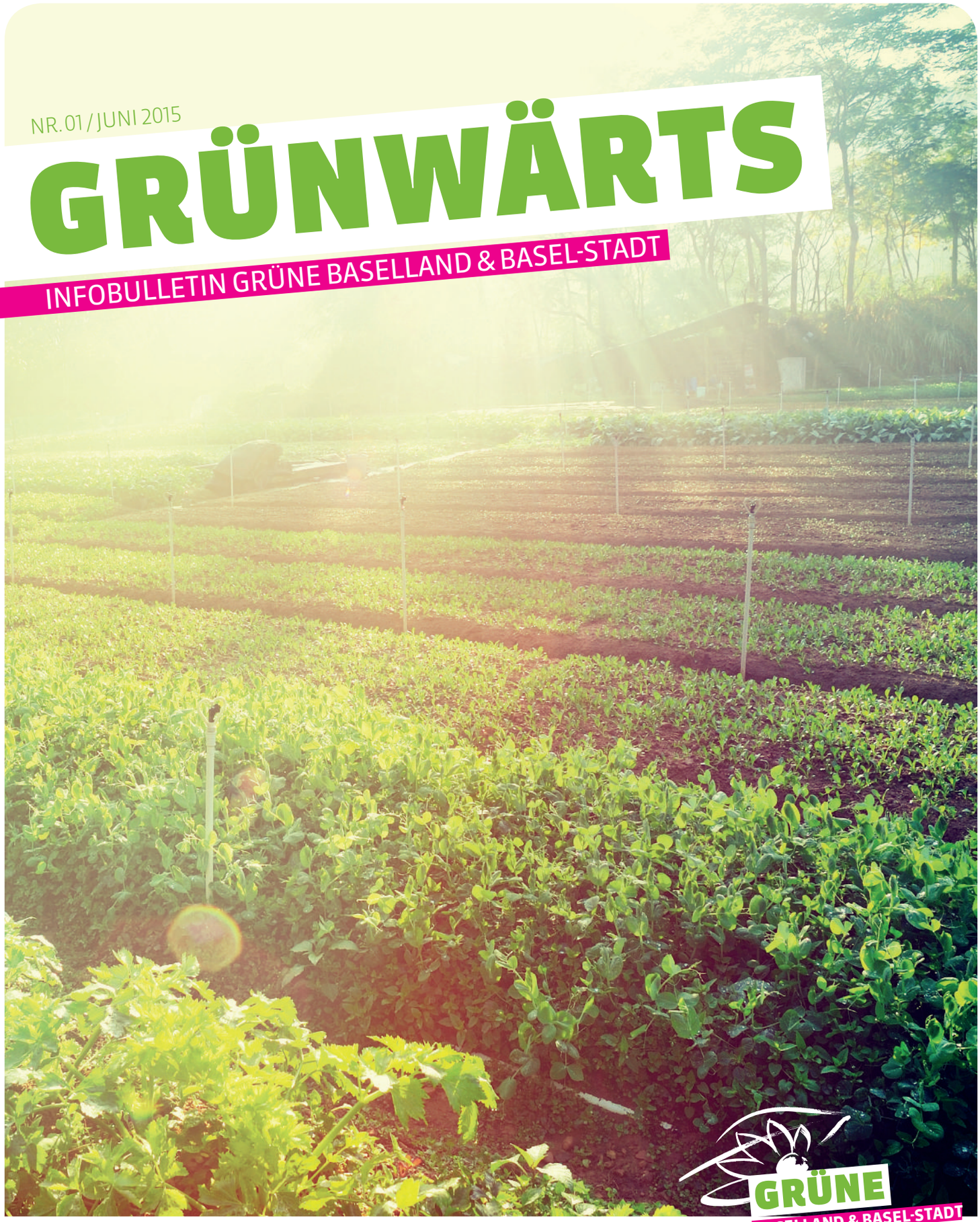
NR. 01 / JUNI 2015

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT



GRÜNE
BASELLAND & BASEL-STADT

› **ERNÄHRUNGSSICHERHEIT:** EIN KRITISCHER BLICK NACH MAILAND S. 3–5

› **ABSTIMMEN:** UNSERE PAROLEN ZU ALLEN ABSTIMMUNGEN VOM 14. JUNI S. 6–8

› **NATIONALRATSWAHLEN 2015:** DIE KANDIDIERENDEN IN BEIDEN KANTONEN S. 10–11

Inhalt und Impressum

2 Editorial

3 Ernährungssicherheit

6 Eidgenössische Abstimmungen

8 Kantonale Abstimmungen

9 Doppelinitiative für mehr Demokratie

10 Aus den Kantonen

12 Ortssektionen, Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Nathalie Martin, Oliver Thommen, Martin Stohler, Harald Friedl
info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage 2450 Ex.

Editorial

ES GEHT GRÜNWÄRTS

Ob es uns gefällt oder nicht: Die Kantonsfusion ist bis auf Weiteres vom Tisch. Trotzdem präsentieren wir hier die erste Ausgabe des gemeinsamen Infobulletins «Grünwärts» der Grünen Baselland und Basel-Stadt. Denn dass die Kantonsfusion derzeit kein Thema mehr ist, heisst nicht, dass keine vertiefte Zusammenarbeit zwischen unseren Kantonen und uns Grünen nötig ist. Die unerfreulichen Wahlresultate in den Kantonen Baselland, Luzern und Zürich zeigen, dass wir die Kräfte bündeln und unser Profil schärfen müssen. Das vorliegende Heft ist ein Schritt dazu. Dabei wird die Redaktion berücksichtigen, dass das Baselbiet und Basel-Stadt zwei eigenständige politische Körperschaften sind, die entsprechend behandelt werden wollen. So wird jeweils der eine Teil des Hefts dem Land- und der andere Teil dem Stadtkanton gewidmet sein.
Daneben wird es auch Platz für Themen haben, die den Rahmen der Kantone oder sogar der Region sprengen. Das Thema der Ernährung gewinnt bei uns in der Schweiz an Aktualität. Dies zeigen die vielen Lebensmittelinitiativen, die momentan in der Sammelphase sind oder vor Kurzem eigereicht wurden. Die Versorgung der immer noch wachsenden Weltbevölkerung mit genügend Nahrungsmitteln ist eine riesige Herausforderung. Noch viel grösser wird sie, wenn wir die Lebensmittel so herstellen wollen, dass die Böden nicht ausgelaugt und die natürlichen Ressourcen geschont werden. Daher beschäftigen wir uns in diesem Heft im Schwerpunkt mit der Lebensmittelproduktion.
In einem ersten Teil wird uns Maya Graf über den Einfluss der Grünen Partei in der Landwirtschaftspolitik berichten und uns darlegen, was wir mit der «Fair-Food-Initiative» erreichen wollen. Ferner wird uns Béla Bartha, Geschäftsführer von «ProSpecieRara», in einem Interview seine Sicht einer zukünftigen Landwirtschaft aufzeigen, die den Spagat zwischen hoher Ausbeute und Schonung der Umwelt schaffen kann. Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre und sind gespannt auf Eure Rückmeldungen.

Mirjam Ballmer
Co-Präsidentin
Grüne Basel-Stadt

Florence Brenzikofer
Präsidentin
Grüne Baselland

ERNÄHRUNGS-SICHERHEIT

Am 1. Mai öffnete in Mailand die Weltausstellung EXPO 2015. Die Ausstellung mit dem Titel «Den Planeten ernähren, Energie für das Leben» widmet sich den zwei globalen Herausforderungen, die auch uns Grüne sehr beschäftigen. Die Schweiz ist prominent an der EXPO 2015 vertreten und will ein modernes Gesicht der Ernährungsproduktion zeigen, indem sie sich von Nestlé sponsern lässt. Die drei grössten Städte der Schweiz, Zürich, Genf und Basel, präsentieren sich ebenfalls in Mailand mit der gemeinsamen Ausstellung «Urban Food Innovation» (vgl. http://www.bs.ch/Portrait/expo-milano.html). Gerade in Basel haben der Auftritt und vor allem das Sponsoring durch Syngenta heftige Debatten ausgelöst. Grund genug, unsere Positionen für eine grüne Landwirtschaft auf den folgenden Seiten darzulegen.

GRÜNE LANDWIRTSCHAFTS- UND ERNÄHRUNGS-POLITIK: EINE ZWISCHENBILANZ

Die Grünen sind seit über 30 Jahren im Schweizer Parlament vertreten, eine Zeit grosser Umwälzungen. In den 90er-Jahren wurde die Landwirtschaftspolitik der Schweiz fundamental reformiert. Preis- und Einkommenspolitik wurden entkoppelt, Instrumente zur uneingeschränkten Preis- und Absatzgarantie aufgelöst. In vier Volksabstimmungen zwischen 1989 und 1998 wurde eine neue Verfassungsgrundlage geschaffen mit Vorgaben für eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion.

Laut Artikel 104 der Bundesverfassung sind die Aufgaben der Landwirtschaft: die sichere Versorgung der Bevölkerung, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, die Pflege der Kulturlandschaft sowie die dezentrale Besiedelung des Landes. Es ist die Basis der multifunktionalen Landwirtschaft in der Schweiz, wie sie heute noch die Agrarpolitik 2014–2017 bestimmt. Die Grünen haben zu diesem Prozess beigetragen. Sie prägten die Gentechfrei-Initiative: 2005 wurde in der Volksabstimmung das gesetzliche Anbau-Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen errungen, das sowohl Parlament wie Bevölkerung bis heute breit mittragen.

Ökologische Landwirtschaft und Ernährung ist auf Erfolgskurs, was auch der

steigende Marktanteil der Bio-Lebensmittel im Jahr 2014 auf 7,1 Prozent und der Anteil der Bio-Landwirtschaftsfläche auf 12,3 Prozent zeigt. Doch viele Forderungen sind noch nicht erfüllt:

- Die ökologischen Ausgleichsflächen wie auch die Vernetzung der Betriebe variieren in der Qualität.
- Gewässer und unsere Blütenbestäuber leiden unter hohen Pestizid-Rückständen. Der Bundesrat arbeitet derzeit an einem Massnahmenplan Pflanzenschutzmittel und Schutz der Bienen.
- Die Resistenzproblematik verlangt schnellere Fortschritte im Veterinärbereich zur Einschränkung von Antibiotika bei Nutztieren.
- Die jungen Grünen nehmen den Schutz des Kulturlandes mit ihrer Zersiedlungsinitiative wieder auf.
- Der Futtermittelimport ist auf einem Höchststand. Einfuhren von Mais und Soja verursachen bei uns Überproduktion von Milch- und Fleisch. Dort, wo es produziert wird wie beim Sojaanbau in Brasilien, macht die Agrarindustrie hunderttausende Kleinbauern landlos und forciert den Gentechanbau, immer in Kombination mit mensch- und umweltschädigendem Pestizideinsatz.
- Die öffentliche Pflanzen- und Tierzüchtung wurde in der Schweiz zurückgefahren. Dank meinen überwiesenen Vorstössen zur ökologischen Pflanzenzüchtung arbeitet das Bundesamt für Landwirtschaft nun an einer Pflanzenzüchtungsstrategie 2050. Hier steckt ein grosses Potenzial: Mit privaten Biogetreidezüchtern wie Peter Kunz und dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FIBL in Frick) verfügen wir in Europa über einzigartige und breit anerkannte Züchtungs-, Vermehrungs- und Forschungsinstitutionen. Hier müssen Gelder investiert werden, damit unsere Landwirtschaft von Gentech und Multis unabhängig bleibt und die Qualitätsstrategie ausgebaut werden kann.
- Für Klima und Umwelt ist entscheidend, dass wir weniger Fleisch und mehr Ackerpflanzen kultivieren. Auf dem Markt fehlen inländisches Bio-Brotgetreide, Bio-Obst und Biogemüse. Für eine klimafreundliche Milch- und Fleischproduktion muss konsequent auf Raufutter gesetzt werden. Unsere Wiederkäuer sollen wieder das tun, was sie am liebsten tun: draussen grasen und Heu fressen. Die Agrarpolitik 2014–17 gibt dazu den Anstoss, die Beiträge müssen aber erhöht werden.
- Wir importieren die Hälfte unserer Lebensmittel: Fleisch aus Massentierhaltung, Gemüse aus menschenunwürdiger Plantagenproduktion, unkontrolliertem Pestizideinsatz. Die Fair-Food-Initiative gibt dem Bund den Auftrag, dass die inländischen Anforderungen an Umwelt- und Tierschutz auch zu Standards für Importe werden. Land- und Ernährungswirtschaft werden so vor importiertem Öko- und Sozialdumping geschützt. Auch mit diesem Anliegen sind die Grünen der Zeit voraus. Und sie haben bereits zur Umsetzung angeregt: Die Migros verspricht öffentlich, ihr Importfleisch ab 2020 den Schweizer Standards anzupassen.
- In den Städten formieren sich immer mehr junge Leute und Familien, die wieder selbst ihr Gemüse, ihre Kräuter – ihr eigenes Essen produzieren wollen. Diese «Urban Farming»-Bewegung ist wichtig, denn sie setzt der Entfremdung der Lebensmittelproduktion die Nähe, Ursprünglichkeit, den Genuss und die «Agriculture» entgegen.

Die Grünen sind und bleiben die Taktgeber für eine nachhaltige Landwirtschafts- und Ernährungspolitik und verbinden als einzige Partei die Anliegen der Bauernfamilien mit denjenigen der Stadtbewohner und Konsumentinnen.

Maya Graf, Nationalrätin BL und Nationalratspräsidentin 2013

EXPO MILANO – DI COSA SI TRATTA?

«Den Planeten ernähren, Energie für das Leben» heisst das Motto der am 1. Mai in Mailand eröffnenden Weltausstellung. Die Expo soll für einmal als Diskussionsforum rund um das Thema Ernährung dienen und damit keine reine Leistungsschau sein. Die Schweiz präsentiert sich mit einem eigenen Pavillon mit dem Titel (Achtung billiger Kalauer) «Confooderatio Helvetica». In mehreren gefüllten Holztürmen erwarten 2,5 Millionen Portionen Kaffee, 2 Millionen Päckchen Salz, Wasser und über 400'000 Säckchen Apfelringe die BesucherInnen. Da die Türme nicht wieder mit den Lebensmitteln aufgefüllt werden, zeigen sich so Tag für Tag die abnehmenden Ressourcen. Zusätzlich wird es ein House of Switzerland mit verschiedenen Anlässen und Ausstellungen geben: beispielsweise von Basel, Genf und Zürich sowie den Bergkantonen. Hauptsponsor ist ein Nahrungsmittelkonzern aus Vevey, beim Basler Auftritt ist neben verschiedenen NGO auch ein Agrochemiekonzern beteiligt (siehe Interview rechts). Neben der Schweiz präsentieren sich bis zum 31. Oktober 2015 über 140 Länder auf dem rund einen Quadratkilometer grossen, nordwestlich von Mailand gelegenen Gelände mit eigenem Bahnanschluss. Ob die erwarteten 20 Millionen Besucher dann wirklich auch mit dem Zug anreisen, soll hier offen bleiben.

Oliver Thommen
Politischer Sekretär Grüne Basel-Stadt

RECHT AUF SAATGUT

Die Stiftung ProSpeciaRara setzt sich für die Vielfalt der Sorten und Tiere ein. Im Interview betont Béla Bartha, wie wichtig es ist, dass das Recht auf Saatgut nicht auf einige wenige global aktive Firmen beschränkt wird.

Grünwärts: Was genau ist ProSpecieRara und was ist euer Beitrag zur Ernährungssicherheit?

Béla Bartha: Die Stiftung ProSpecieRara wurde 1982 in St. Gallen gegründet. Der Auslöser für unsere Arbeit war der Global-2000-Bericht, den die amerikanische Regierung unter Jimmy Carter 1977 veröffentlichte und der erstmals feststellte, dass die Artenvielfalt nicht nur bei den Wildtieren und Wildpflanzen bedrohlich zurückgeht, sondern auch bei unseren Nahrungspflanzen und Nutztieren.

Die Aufgabe von ProSpecieRara war es zuerst einmal, den Verlust dieser Vielfalt zu stoppen. Es durften keine Sorten wie beispielsweise das Küttiger Rüebli oder der Rosenapfel und keine Nutztierrasse wie das Wollschwein aus den Gärten, Äckern und Ställen mehr verschwinden. Denn sie waren und sind die Grundlage, aus der in Zukunft Neues entstehen kann. Der immense Genpool, den die Sorten und Rassen mit sich bringen, ist unerlässlich für unsere Ernährungssicherheit. Nach über 30 Jahren können wir feststellen, dass es uns gut gelungen ist, den Prozess des Verschwindens zu stoppen.

Welche Rolle spielen die Biodiversität und die Artenvielfalt in der Landwirtschaft?

Hier muss ich zuerst einmal definieren, von welcher Biodiversität ProSpecieRara überhaupt spricht. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) gibt an, dass weltweit ca. 7000 Arten für die Ernährung genutzt wurden. Heute sind es gerade einmal 120 Arten, die im grösseren Stil züchterisch bearbeitet werden. Der Schutz der Vielfalt kann im Bereich der kultivierten Biodiversität nur über deren Nutzung und Weiterentwicklung erfolgen. Strategien, die nur auf deren Konservierung ausgerichtet sind, greifen langfristig zu kurz. Deshalb fördert ProSpecieRara auch die Entwicklung und Vermarktung von Produkten, indem sie Märkte organisiert oder rare Sorten und Rassen über einen Pflanzenkatalog anbietet. Neben der reinen Erhaltung ist heute vor allem die Nutzung als Voraussetzung zu deren Erhaltung zu fördern.

Wie nachhaltig ist die heutige globale Landwirtschaft und wo liegen die grössten Herausforderungen?

Globale Strukturen haben die schlechte Eigenheit, dass sie sich häufig den lokalen und regionalen Regeln und Gesetzen entziehen. Biodiversität ist heute eine Ressource, die wie jede andere global ausgebeutet wird und die man sich, sehr zu unserem Leidwesen, über Patente aneignen kann. Patentgesetze sind ein Beispiel dafür, wie nationale Bestimmungen über globale Regelungen ausgehebelt werden können. Die grosse Herausforderung wird es sein, sicherzustellen, dass der Zugang zu dieser Ressource für alle garantiert ist, die mit den Kulturpflanzen und Nutztierrassen arbeiten möchten und diese für die tägliche Ernährung benötigen. Bei den Kulturpflanzen geht es hier vor allem um den Zugang zu Saatgut. Es gilt daher zu verhindern, dass das Recht auf Saatgut auf einige wenige global aktive Firmen beschränkt wird.

In der öffentlichen Wahrnehmung herrscht die Meinung vor, dass eine rein biologische Landwirtschaft global zu massiver Minderausbeute führen würde. Stimmst du dem zu?

Ich bin davon überzeugt, dass es mehr denn je eine Ökologisierung der Landwirtschaft braucht. Die enge Ausrichtung auf den Ertrag, koste es, was es wolle, greift einfach zu kurz. Wenn wir zurückschauen, wie unachtsam man in den 1960er-Jahren mit dem Einsatz von Pestiziden und mit den fruchtbaren Böden umgegangen ist, so muss man sich fragen, wo wir heute stünden, wenn nicht einige Biopioniere angefangen und Alternativen aufgezeigt hätten. Der biologische Anbau hat Standards gesetzt und wird hier nicht stehen bleiben. Gerade im Bereich der Züchtung werden seit einigen Jahren grosse Anstrengungen unternommen, den Landwirten bessere Sorten zur Verfügung stellen zu können. Ich sehe sehr viel Innovationskraft in der biologischen Landwirtschaft. Was es sicherlich nicht braucht, ist ein ideologisches Gegeneinander, sondern eine gute Zusammenarbeit aller Akteure für eine moderne, ökologischere Landwirtschaft.

Der Biologe Béla Bartha leitet seit 10 Jahren die Geschäfte der Stiftung ProSpecieRara, welche sich für die Erhaltung alter Kulturpflanzensorten und Nutztierrassen einsetzt und ihren Hauptsitz in Basel in den Merian-Gärten hat.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

JA ZUR ERBSCHAFTSSTEUERREFORM

Die Grünen sagen JA zur Eidg. Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuer)». Nachdem die meisten Kantone die Erbschaftssteuer als Folge des Steuerwettbewerbs für direkte Nachkommen abgeschafft haben, kann eine nationale Erbschaftssteuer etwas mehr Gerechtigkeit schaffen.

Die Initiative fordert keine neue Steuer, sondern will die Zuständigkeit für die Erbschaftssteuer von den Kantonen auf den Bund verschieben. Ein Drittel des Ertrags soll zur Kompensation an die Kantone, der Rest an die AHV gehen. Die nationale Erbschaftssteuer ist eine Flat Tax und beträgt generell 20% des steuerpflichtigen Betrags bei einer hohen Freigrenze von 2 Millionen. Für KMUs sind ein höherer Freibetrag und ein reduzierter Steuersatz vorgesehen. Im Vergleich mit anderen Ländern ist der Steuersatz moderat. Die hohe Freigrenze und die fehlende Progression kann man allerdings auch kritisch sehen. In Basel-Stadt steigt beispielsweise der aktuell geltende Steuersatz von wenigen Prozenten bei kleinen Vermögen auf bis zu 49,5 Prozent für sehr hohe Vermögen.

Die meisten Kantone erheben seit jeher Erbschaftssteuern. Diese beruhen auf der Überzeugung, dass vererbtes Vermögen, das nicht selbst erarbeitet wurde, dem Leistungsprinzip widerspricht und vom Staat abgeschöpft werden sollte. Erbschaftssteuern sind deshalb die gerechtesten Steuern, wie der bekannte englische Liberale John Stuart Mill bereits im 19. Jahrhundert betont hat. Heute hat die Schweiz die höchste Ungleichheit der Vermögensverteilung aller OECD-Länder. Mit der nationalen Erbschaftssteuer kann die ungleiche Vermögensverteilung zwar nicht eliminiert, aber zumindest etwas gedämpft werden.

Jürg Stöcklin,
Geschäftsleitung Grüne BS

JA ZUM BUNDESGESETZ ÜBER RADIO UND FERNSEHEN (RTVG)

Gegen das neue «Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG)» hat der Gewerbeverband das Referendum ergriffen. Er stösst sich daran, dass Unternehmen und Haushalte künftig eine geräteunabhängige Mediengebühr bezahlen sollen. Bisher zahlen nur Haushalte und Unternehmen Gebühren, die ihre Empfangsgeräte melden. Obwohl heute praktisch alle Haushalte und Betriebe empfangsfähige Geräte wie Computer oder Smartphones besitzen und zum Fernsehen nutzen, sind das heute nur rund 80% der Haushalte und 20% der Unternehmen. «Schwarzseher» und «Schwarzhörer» zu überführen ist ein schwieriges Unterfangen, für das Spitzel und Kontrolleure unterwegs sind. Bei Annahme des Gesetzes wären alle Haushalte und Unternehmen mit mehr als 0,5 Mio. Franken Umsatz gebührenpflichtig, womit die Gebühren pro Haushalt sinken werden. In dieser Abstimmung geht es also nicht um die Billag, wie viele meinen, sondern darum ob diese mit viel Bürokratie die Schwarzseher überführen soll oder nicht. Mittel, die sinnvoller in die Qualität von Fernsehen und Radio gesteckt werden, wovon schlussendlich wir alle profitieren, da unabhängige und qualitativ hochstehende Medien unabdingbar sind für eine funktionierende Demokratie.

Harald Friedl,
Vizepräsident Grüne BS

VERFASSUNGSÄNDERUNG PRÄIMPLEMENTATIONSDIAGNOSTIK

Mittels Präimplantationsdiagnostik (PID) wird ein im Reagenzglas erzeugter Embryo genetisch untersucht, bevor er in die Gebärmutter eingepflanzt wird. Heute kommen in der Schweiz rund 2000 Kinder nach einer künstlichen Befruchtung zur Welt. Die PID ist verboten. Um dies zu ändern, muss in einem ersten Schritt die Bundesverfassung Art. 119 angepasst werden. Denn dort steht, dass nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau zu Embryonen entwickelt werden dürfen, «als ihr sofort eingepflanzt werden können» (heutiger Wortlaut). Gemäss vorgeschlagener Formulierung dürfen so viele Embryonen entwickelt werden, «als für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung notwendig sind». Damit kann die Forschung neu bis zu zwölf Embryonen ausserhalb des Mutterleibes entwickeln (heute nur drei) und mit genetischen Tests die «gesündesten» auswählen.

Gleichzeitig mit der Verfassungsänderung hat das Parlament daher bereits die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes beschlossen, in dem geregelt wird, in welchen Fällen PID zulässig ist. Erst nach Annahme der Verfassungsänderung ist ein Referendum gegen das Gesetz möglich, das bereits durch Behindertenverbände und EVP angekündigt wurde. Viele Fragen wie die Selektion von Leben, der Druck auf Menschen mit Behinderung und das grosse Geschäft mit dem Kinderwunsch der 28 «Fruchtbarkeitskliniken» der Schweiz bleiben umstritten. Der Verfassungsartikel schafft dafür noch kein Präjudiz, nur die Möglichkeit. So empfehlen die Grünen Schweiz ein Ja für die Verfassungsänderung am 14. Juni, mit Vorbehalten gegenüber der anstehenden Gesetzesänderung.

Maya Graf, Nationalrätin BL

Die Grünen BS empfehlen am 14. Juni die Ja-Parole.
Die Grünen BL beschliessen nach intensiven Diskussionen Stimmfreigabe.

JA ZUR STIPENDIENINITIATIVE

Die Stipendieninitiative fordert, dass Stipendien – Ausbildungsbeiträge gemäss Art. 66 der Bundesverfassung – für Universitäten und andere Hochschulen in allen Kantonen nach gleichen Kriterien vergeben werden. Heute gibt es zwischen den Kantonen erhebliche Unterschiede in der Vergabe der Ausbildungsbeiträge und in der Höhe der Ausbildungsbeiträge. Dies hat zur Folge, dass ein Student oder eine Studentin mit den gleichen familiären und wirtschaftlichen Voraussetzungen sowie akademischen Leistungen in einem Kanton Anspruch auf ein Stipendium hat – und in einem anderen keinen. Entscheidend ist dabei der stipendienrechtliche Wohnsitz, der nicht mit dem Studienort übereinstimmen muss. Dies führt dazu, dass die Studierenden sehr unterschiedliche Perspektiven haben, je nach Kanton, in welchem sie gemeldet sind. Das ist unfair und ermöglicht nicht jedem, der eigentlich dazu befähigt wäre, eine universitäre Ausbildung zu beginnen. Besonders frappant ist dies angesichts des viel diskutierten Fachkräftemangels in der Schweiz. Mit der Stipendieninitiative haben wir die Möglichkeit, allen unterstützungsbedürftigen Studierenden gleichberechtigt eine Ausbildung zu ermöglichen und damit dafür zu sorgen, dass wir auch in Zukunft gut ausgebildete Fachpersonen haben.

Victor Bättig, Co-Präsident junges grünes bündnis nordwest

ABSTIMMUNG BASEL-STADT

REFERENDUM UNTERFLURCONTAINER

Die Abstimmung zu den Unterflurcontainern ist an Unübersichtlichkeit kaum zu überbieten (siehe Grüner Pfeffer 2015/01). Die Grünen unterstützten im Grossen Rat die Regierungsvorlage für die flächendeckende Einführung von Unterflurcontainern. Nach intensiven Diskussionen wurde schliesslich ein Kompromiss gefunden, dem eine deutliche Mehrheit zustimmte.
Dieser Kompromiss wollte eine Teileinführung des neuen Systems in einem Quartier, um erste Erfahrungen zu sammeln. Die Änderungen wurden aber in der Hitze des Gefechts so unklar formuliert, dass die Regierung der Ansicht war, ihn so nicht umsetzen zu können. Sie unterstützt daher das Referendum, um in der Folge das Projekt neu aufzugleisen.
Der Vorstand der Grünen hat am 4. März mit knappen Mehr eine Nein-Empfehlung an die Mitgliederversammlung beschlossen, um die Haltung der Regierung zu stützen. An der MV vom 21. April haben die Grünen intensiv über die taktisch beste Parole diskutiert, nachdem die Anwesenden sich klar für die Einführung von Unterflurcontainern ausgesprochen haben. Die Nein-Parole liesse sich mit dieser Haltung kaum erklären und ein Nein an der Urne würde unweigerlich als Ablehnung interpretiert und das ganze Projekt gefährden.
Daher hat die Versammlung beschlossen, die Parole mit weiteren zustimmenden Parteien abzugleichen, um die Stimmberechtigten nicht unnötig zu verunsichern. Da die Abklärungen hierfür noch am Laufen waren, wurde der GL das Mandat zur Parolenfassung erteilt. Zum Zeitpunkt der Drucklegung war die Parole noch nicht gefasst. Diese wird auf unserer Website veröffentlicht.
Mirjam Ballmer,
Co-Präsidentin Grüne BS

ABSTIMMUNGEN BASELLAND

REGIO-KOOPERATIONSINITIATIVE: STIMMFREIGABE

Die Regio-Kooperations-Initiative will eine verbesserte Zusammenarbeit des Kantons innerhalb der Region erreichen. Dabei soll der Fokus auf der ganzen Region inklusive dem benachbarten Ausland und nicht mehr schwergewichtig auf der Beziehung zu Basel-Stadt liegen. Zu diesem Zweck sollen regelmässige Treffen mit allen Gebietskörperschaften der Region sowie eine Abstimmung der gesetzlichen Regelungen erfolgen. Diese Zielsetzung ist grundsätzlich für uns Grüne sehr unterstützungswürdig, stehen wir doch seit Langem für eine enge regionale Kooperation ein.
Allerdings hat die Initiative auch Schwächen. Dabei ist insbesondere zu erwähnen, dass bereits die heutigen Verfassungsartikel eine regionale Zusammenarbeit verlangen oder ermöglichen. In diesem Sinne wäre die Initiative also gar nicht notwendig gewesen. Leider wird die Zusammenarbeit durch die Initiative auch einseitig aus Sicht des Kantons Baselland definiert. Entsprechende Verpflichtungen der potenziellen Partner gibt es nicht, weshalb starke Zweifel an der konkreten Wirkung der Initiative bestehen. Im Verständnis der Grünen braucht es für eine Partnerschaft die Zustimmung aller Partner, was mit dieser Initiative nicht gegeben ist.
In diesem Dilemma zwischen richtiger Zielsetzung und inhaltlicher Schwächen beschloss die Mitgliederversammlung der Grünen Baselland ebenso wie die Landratsfraktion Stimmfreigabe zur Regio-Kooperationsinitiative.
Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident, Aesch

JA ZUM E-VOTING

In Zeiten viel zu tiefer Stimm- und Wahlbeteiligungsquoten ist es notwendig, nach Massnahmen zu suchen, die den Zugang zum politischen Prozess vereinfachen, und so die Hemmschwelle zu senken. Dabei ist es nicht nur wichtig, die Komplexität des Verfahrens gering zu halten, auch der Aufwand für die Stimmabgabe sollte so klein wie möglich sein. Mit der vorliegenden Gesetzesänderung macht der Landrat einen Schritt in diese Richtung: Auch wenn der Pioniergeist in Sachen E-Voting noch nicht wirklich spürbar ist, so schafft das neue Gesetz doch immerhin die Möglichkeit dazu und trägt damit den technischen Fortschritten zumindest teilweise Rechnung. Auch die Einführung eines Informationsblattes über die Kandidaten bei Majorzwahlen ist im Sinne eines transparenten Verfahrens; somit spricht nichts dagegen, dem neuen Gesetz zuzustimmen.
Bálint Csontos, Co-Präsident junges grünes bündnis nordwest

DOPPELINITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE

Mit der Einführung des Stimmrechts für niedergelassene AusländerInnen und der Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 wollen jgb und Baselbieter Juso die Demokratie stärken. Im Folgenden legt Bálint Csontos dar, warum es die Alterssenkung braucht

Wie bringen wir die jungen Menschen dazu, wählen zu gehen? Wie holen wir unsere potenzielle Wählerschaft an die Urne? Die Suche nach Antworten auf diese Fragen löste beim jungen grünen bündnis eine tiefere, ganz und gar uneigennützige Diskussion über die direkte Demokratie, die Stimmbeteiligung bei Entscheiden und deren Legitimität aus. Als erste Konsequenz dieser Diskussion, die wir weiterführen werden, hat das junge grüne bündnis nordwest im März zusammen mit den Juso Baselland unter dem Titel «Demokratieinitiativen» zwei Initiativen lanciert, die eine zur Einführung des Stimmrechts für niedergelassene AusländerInnen, die andere für das Stimmrechtsalter 16.
Ob wir nicht einsehen würden, dass man mit 16 Jahren einfach noch zu unerfahren sei, um vernünftige politische Entscheide zu treffen, werden wir beim Sammeln auf der Strasse oft gefragt. Viele der Passanten erlebten noch die Senkung des Stimmrechtsalters von 20 auf 18 Jahre und geben sich damit auch zufrieden. Lassen sie dabei nicht ausser Acht, dass sich die Zeiten geändert haben?
Der Eintritt in die Gesellschaft und die damit vorausgesetzte Vernunft sind heute, da uns alle Möglichkeiten offenstehen, viel weniger stark an das Alter gebunden als vom persönlichen Willen abhängig. Zudem haben uns die Generationen vor uns ganz neue Wege erschlossen, und es wird von der heutigen Jugend bereits früh ein hohes Mass an Medienkompetenz erwartet.
Zugegeben: Das mag auch nur die Deutung eines Kindes seiner Zeit aus der Perspektive seiner Zeit sein. Und doch: Es war schon immer falsch, die Jugend als randständige Gruppe zu behandeln, war sie doch schon immer der Taktgeber der Gesellschaft. Es kann deshalb kein Erfolgsmodell sein, sie von der Politik auszuschliessen.
Als jene, die mit den heute getroffenen Entscheiden auch künftig leben müssen, steht den jungen Menschen eine angemessene Vertretung und damit eine erneute Senkung des Stimmrechtsalters schlicht zu. So gesehen ist die längst überfällige Initiative keine Reaktion auf eine neue, reifere Jugend, sondern bloss die konsequente Weiterführung der Idee von Legitimität, die in unserer Demokratie darauf beruht, dass Entscheide von den Betroffenen selbst gefällt werden.

Bálint Csontos, Co-Präsident junges grünes bündnis nordwest

DIE GRÜNEN BRAUCHTS – MEHR DENN JE

Grüne Anliegen sind heute in allen Parteiprogrammen und Agenden zu finden. Gut so? Machen wir den Realitätscheck. Nach 2011 wurde mit grossem Getöse die Energiewende eingeläutet. Endlich. Wo stehen wir heute? Nichts passiert, und die Totengräber sind gerade fleissig dabei, sie zu beerdigen.
Unsere Atomkraftwerke laufen munter weiter. Entsorgungsproblem seit 30 Jahren ungelöst, wir produzieren laufend neuen Müll und Milliarden Entsorgungskosten zu Lasten unserer Nachkommen, das ist nicht fair.
Die Zersiedelung unseres Landes schreitet munter voran. Siedlungsbrei im Mittelland und Bandstädte in den Juratälern sind Zeugen, verantwortet von jenen, die gerne und oft von unseren Dörfern sprechen.
Wenn wir wollen, dass sich wirklich etwas verändert, braucht es die Grünen – mehr denn je.
Wir werden deshalb alles daran setzen, dass Maya Graf diesen Herbst das (Zug-)Ticket nach Bern wieder lösen kann.
Mit einer bärenstarken Nationalratsliste ist ein erster Schritt gemacht.

Isaac Reber,
Regierungspräsident BL, Sissach

MAYA – FÜR EINE STARKE GRÜNE POLITIK!

«Wer in Bern weiterhin eine profilierte grüne Stimme will, muss die Grünen Liste 7 wählen», sagt Maya Graf an der Nominationsveranstaltung der Grünen Baselland. Mit sieben renommierten aktiven grünen Politikerinnen und Politiker können die Grünen Baselland mit einer besonders starken Liste auftrumpfen, die ausgewogen ist bezüglich Alter und Geschlecht.

Die Mitglieder der Grünen Baselland nominieren (v.l.n.r.):
- → Karl-Heinz Zeller, @KalleZeller, Gemeindepräsident, Mitglied Frischluft, Arlesheim
- → Maya Graf, Nationalrätin, Nationalratspräsidentin 2013, Sissach
- → Lukas Ott, @ottlukas_, Stadtpräsident, ehemaliger Landrat und Einwohnerrat, Liestal
- → Anna Ott, @ottanna_, Einwohnerrätin, Vorstand junges grünes bündnis, Liestal
- → Philipp Schoch, Landrat und Präsident der landrätlichen Umwelt – und Energiekommission, ehemaliger Parteipräsident, Pratteln
- → Florence Brenzikofer, @flobrenzikofer, Präsidentin Grüne Baselland, Landrätin, Oltingen
- → Klaus Kirchmayr, @KlausKirchmayr Fraktionspräsident und Landrat, Aesch

CLAUDE JANIAK IN DEN STÄNDERAT

Für den Ständeratswahlkampf unterstützen die Grünen Baselland den bisherigen Ständerat Claude Janiak. Er hat die Mitglieder der Grünen Baselland durch seinen Leistungsausweis überzeugt: sein konsequentes Einstehen für eine sinnvolle Verkehrs- und Raumplanungspolitik, seine Stimme für die Energiewende und den Einsatz für die Bürgerrechte. Die Mitglieder der Grünen Baselland beschliessen die Unterstützung von Claude Janiak per Akklamation.

NR-WAHLEN

Am 17. März haben wir unsere NationalratskandidatInnen nominiert (v.l.n.r.): Heidi Mück, Mirjam Ballmer, Sibel Arslan, Raffaela Hanauer & Thomas Grossenbacher (nicht im Bild, siehe Kolumne rechts).

CLUBSTERBEN: «BEBBI WACH UFF!»

Eva Strub: Wie sieht die Situation aus, welche Clubs werden in nächster Zeit ihre Türen schliessen?

Jo Vergeat: Es findet eine Häufung an Schliessungen statt. Uns ist bekannt, dass zum Beispiel Hinterhof, Lady Bar, Garage, Allegra-Club und Nordstern in nächster Zeit schliessen müssen.

Gibt es schon Anzeichen, dass für die geschlossenen Clubs neue eröffnet werden?

Die Szene der Clubkultur ist lebendig – deshalb sollte man den Begriff «Clubsterben» auch nicht wörtlich nehmen: Türen gehen zu, neue dafür wieder auf. Ein Beispiel dafür ist, dass am Marktplatz im ehemaligen Singerhaus ein neuer Club entstehen soll.

Was plant ihr? Gibt es schon konkrete Projekte?

Uns geht es nicht darum, gezielt für Clubs ein neues Lokal zu suchen oder zu verhandeln, dass Mietverträge verlängert werden. «Bebbi wach uff!» hat vielmehr das Ziel, auf politischem Weg und mit gezielten Aktionen den Stellenwert und das Image der Kultur des Nachtlebens zu verbessern. Dabei geht es darum, das Nachtleben in der Kultur besser zu verankern, und aufzuzeigen, dass ein attraktives und vielseitiges Nachtleben für Basel ein wichtiger Standortfaktor ist.

Seid ihr mit der Politik im Gespräch, mit wem seid ihr in Kontakt?

Unsere Arbeitsgruppe «Politik» sucht das Gespräch mit verschiedenen PolitikerInnen. So sind wir z.B. mit Mirjam Ballmer in Kontakt getreten und treffen uns demnächst mit einigen JungpolitikerInnen aus Basel, um die weiteren politischen Schritte zu besprechen. Eine Zusammenarbeit mit «Kulturstadt Jetzt» ist auch geplant.

Wie sieht die Zukunft aus?

Wir denken an eine Zukunft, in der das Nachtleben fest als Bestandteil der Stadtkultur verankert ist und auch in der Politik eine Art Lobby dafür besteht. Damit könnten auch andere brennende Themen «für ein junges, lebendiges Basel» thematisiert und somit mehr Junge zum Wählen animiert werden.

Kontakt: bebbiwachuff@hotmail.com, www.facebook.com/bebbiwachuff

ÇA SUFFIT!

Wie ist der bürgerliche Wutbürger auf die Palme zu bringen und die BaZ mit einem einzigen Vorstoss zu beschäftigen? Es reicht die blosse Erwähnung des Wortes Suffizienz. Während dies für grüne Ohren nach bewusstem Verzicht und langfristiger Politik klingt, wittern manch andere sofort, dass ihnen irgendwer etwas wegnehmen will.

Dabei zielt der genannte Vorstoss betreffend Wohnflächensuffizienz auf ein Bedürfnis in der Bevölkerung: Eine gfs-Studie im Nachgang zur Abstimmung über die Stadtrandentwicklungen ergab, dass eine Mehrheit zugunsten von Grünflächen auf Wohnfläche verzichten würde. Dass hier ein Ansatz für Suffizienz liegt, zeigt schon die Tatsache, dass der Wohnflächenbedarf pro Person zwischen 1980 und heute um 16 Prozent zugenommen hat. Bei neu gebauten Quartieren kann durch intelligente Planung der Bedarf gesenkt werden, wie das Beispiel Zürcher Kalkbreite eindrücklich aufzeigt. Nicht zuletzt zeigt die aktuelle Reaktion auf den Vorstoss, dass noch viel Aufklärungsarbeit nötig ist. Denn im Gegensatz zum stark technologiegetriebenen Thema Effizienz handelt es sich bei der Suffizienz um einen deutlich komplexeren Ansatz mit einem hohen Verantwortungsgrad jedes und jeder Einzelnen.

Thomas Grossenbacher
Grossrat und Nationalratskandidat

Ortssektionen und Arbeitsgruppen

RIEHEN: REFERENDUM ZONENPLAN

Die Grünen unterstützen das Referendum zum Zonenplan. Ist dieses erfolgreich, ist nicht der ganze Zonenplan in Gefahr. Einzig in den Hanglagen wären nicht alle Wohnbauten möglich, wie von bürgerlicher Mehrheit aus schwer nachvollziehbaren Gründen gewünscht wurde.

Die dünn besiedelten Hanglagen sind optisch schön anzusehen und sie erleichtern den Wildtieren ihre Existenz. Es wäre töricht, das grosse grüne Dorf an dessen Peripherie zu verdichten und grauer zu machen. Die vorhandene Bausubstanz ist ästhetisch ansprechend und ein prägendes Element, welches Riehen von anderen Agglomerationsgemeinden unterscheidet.

Andreas Tereh, Einwohnerrat

NEUE ORTSSEKTION: DIE GRÜNEN REGION SISSACH

In Sissach gibt es einen erfolgreichen, stacheligen, immergrünen Baum: Die Stechpalme. Eine Gruppierung, bei der schon Maya Graf und Isaac Reber aktiv waren, die aber ihre Äste kurz hält und das Gemeindegebiet nicht verlässt.

Nun braucht es jedoch grüne Kräfte im ganzen Wahlkreis Sissach, weshalb nun endlich die Grünen Region Sissach gegründet wurden. Das motivierte Team will die grünen Ideen auch in die Dörfer rund um Sissach tragen und den Nationalratssitz sichern helfen. Im Vorstand sind aktiv: Victor Bättig, Sissach, Hans Wüthrich, Itingen, Annkathrin Tschopp, Sissach, Jürg Dalcher, Zungen und als Präsident amtet Pascal Benninger aus Sissach.

NEUER ORTSPRÄSIDENT IN GELTERKINDEN

Niklaus Hofmann übernimmt die Leitung der Ortssektion Region Gelterkinden. Er ersetzt Sarah Bühler, die dieses Amt nach fünf Jahren abgibt. Niklaus, gelernter Automonteur und studierter Philosoph, ist seit drei Jahren in Rickenbach wohnhaft und arbeitet in der Basler Verwaltung. Er ist ein zielstrebiger Praktiker, schätzt Land und Leute im Oberbaselbiet und ist hin und wieder mit Ross und Wagen in Gelterkinden anzutreffen.

JÜNGSTER GEMEINDERAT IN RAMLINSBURG

Co-Präsident des jungen grünen bündnisses nordwest Bálint Csontos (19) wird jüngster Gemeinderat – in Ramlinsburg. Wir gratulieren herzlich und freuen uns über diese junge grüne Stimme im Baselbiet.

AUSSCHREIBUNG FÜR (NEBENAMTLICHE) RICHTER- UND RICHTERINNENSTELLEN BASEL-STADT

Zurzeit wird das Gerichtsorganisationsgesetz des Kantons Basel-Stadt revidiert. (vgl. http://bit.ly/1yAwvcN). Im Frühjahr 2016 werden dann gemäss den neuen Regeln alle Gerichtspräsidien (BerufsrichterInnen) und RichterInnen (im Nebenamt) an den Basler Gerichten neu gewählt. Die Grünen sind mit RichterInnen an den grösseren Gerichten (Zivilgericht, Sozialversicherungsgericht, Strafgericht und Appellationsgericht) vertreten. Wir werden unseren Anspruch auf angemessene Vertretung an den Gerichten auch bei den Wahlen 2016 geltend machen. Da 2016 nicht mehr alle amtierenden RichterInnen der Grünen wieder antreten, sind wir auf qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten angewiesen. Wenn Du gerne nebenamtlich an einem Gericht tätig sein möchtest und allenfalls über ein juristisches Studium verfügst (Voraussetzung am Appellationsgericht), dann melde Dich doch bitte beim Sekretariat, welches Deine Angaben an die AG Justiz der Grünen weiterleiten wird.

PAROLEN VOM 14. JUNI

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

→ Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich
Grüne BS: Ja
Grüne BL: Stimmfreigabe

→ Ja zur Stipendieninitiative

→ Ja zur Erbschaftssteuerreform

→ Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen

KANTONALE VORLAGEN

BASELLAND

→ Stimmfreigabe zur Regio-Kooperationsinitiative

→ Ja zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte / E-Voting

BASEL-STADT

Unterflurcontainer: bei Drucklegung noch offen (www.gruene-bs.ch)

AGENDA

4. Juni: Treffen Grüne Riehen, Haus der Vereine

4.–7. Juni: Umwelttage Basel (zum UNO-Umwelttag)

17. Juni: Sommergrill Grüne Basel-Stadt

26. Juni: Das jgb lädt ein zum Sommerfest.

DAS LETZTE

Das Gewerbe braucht Ihre Hilfe! Der Gewerbe- und Arbeitgeberverband wollen selbiges entfesseln, damit endlich auf die lästigen Umwelt- und Arbeitsvorschriften verzichtet werden kann. Und dank Economiesuisse wissen wir, dass nicht nur die Mittlere Brücke, sondern auch die Energiewende weg muss. Befreit von jeder Wende und Brücke, stünde unserem Glück nichts im Wege. Die Redaktion empfiehlt Ihnen deshalb: wählen Sie nicht nur die Grünen, werden sie auch Teil der Bewegung: am besten als aktives Mitglied bei einer Aktion für die Energiewende auf einer Brücke, nur dann bleibt beides auch nach den Nationalratswahlen sicher bestehen.